Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 59 (1965)
Heft: 2

Artikel: Warnung vor den Notstandsgesetzen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140968

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hilft, hat das Auswirkungen auf die Weltsituation. Also: *Christen in der DDR leisten dann einen Beitrag zur Versöhnung zwischen Ost und West, zur Befriedung der Welt, wenn sie sich mit denen versöhnen, deren Gegner sie 100 Jahre lang waren: mit den Kommunisten.*

Dieser Dienst der Versöhnung gewinnt nicht in der Distanz, sondern in der Solidarität Gestalt. Dabei ist es beglückend, zu sehen, wie auch der andere in dieser Solidarität sein Bild von Kirche und Christentum zu korrigieren und in der Begegnung auf den Christen zu hören beginnt.

Was sich solcherart in der DDR vollzieht, dürfte für die Weltchristenheit nicht unwichtig sein. Auch ihre Einheit kann nicht in westlicher Uniformität bestehen. Gordon Rupp hat im Blick auf seine eigene Kirche — die Methodistenkirche — gesagt: sie werde aus einer Weltkirche zu einer Weltsekte, wenn ihr geistliches und organisatorisches Zentrum weitherin einseitig im Westen bleibe. Das gilt wohl für alle Kirchen, für die gesamte Christenheit. Sie ist nur dann die *eine* Familie Gottes, wenn sie die Vielfalt der Menschheit widerspiegelt.

So leben Christen in einer doppelten Spannung und Solidarität: in der Solidarität zu den Nichtchristen in ihrem Land, die sie in Spannung setzt zu ihren Brüdern und Schwestern in anderen Ländern und Situationen — und in der Gemeinschaft mit diesen ihren Brüdern und Schwestern über die ganze Welt hin, die sie in Spannung bringt zu den Nichtchristen im eigenen Land. Nur indem sie diese Spannung durchhalten, stehen sie unter der Verheißung des Evangeliums.

(Diese Gedankengänge stellen eine Zusammenfassung von Ausführungen dar, die im Laufe des Jahres 1964 auf verschiedenen Ost—West-Tagungen vorgetragen wurden.)

Carl Ordnung, Sekretär des Regionalausschusses
der Christlichen Friedenskonferenz
in der Deutschen Demokratischen Republik

Warnung vor den Notstandsgesetzen

Die Herausgeber der «Blätter für deutsche und internationale Politik» veranstalteten unter dem Vorsitz von Manfred Pahl-Rugenstein am 22. November 1964 eine öffentliche Diskussion über «*Freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Notstandsgesetze*». Die Tagung fand im Mozartsaal der Stuttgarter Liederhalle statt und wurde von annähernd 700 Personen besucht.

Angesichts der Bemühungen der Regierung der deutschen Bundesrepublik, ihre Notstandspläne geheim zu halten (mit Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten übrigens!), kann man diesen Ver-

such einer politischen Klärung nur begrüßen. Es wurde vom Bonner Juristen, Prof. *Ridder*, darauf hingewiesen, daß selbst in Bonn nur ein Teil der verantwortlichen Politiker über die Pläne der Bundesregierung unterrichtet ist, und daß die jetzigen Verhandlungen im Rechtsausschuß des Bundestages unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Mit andern Worten, Entscheidungen werden getroffen und vollendete Tatsachen geschaffen von einem kleinen Kreis von Berufspolitikern — ohne öffentliche Diskussion, obwohl diese Entscheidungen das Schicksal des Landes wie den Alltag des «Mannes auf der Straße» in verhängnisvoller Weise beeinflussen müssen. Der oben erwähnte Jurist macht darauf aufmerksam, daß es sich bei der vorgesehenen Notstandsverfassung und den einzelnen Notstandsgesetzen um nichts Geringeres als *eine autoritäre Gegenverfassung* handelt, die an die Stelle des heute geltenden Grundgesetzes treten soll. Die Gesetzesvorlage gibt der Regierung die Möglichkeit, die Notstandsgesetze in Kraft zu setzen, falls der deutsche Staat «bedroht» ist, wobei es im Ermessen der heutigen Machthaber liegt, den Grad der Bedrohung abzuschätzen. Wenn man hört, daß die Regierung mit Begriffen wie «innerer Notstand» und «äußerer Notstand» manipuliert, wobei sich der letztere durchaus nicht auf den Kriegsfall beschränkt, so wird man bald inne, daß diese Gummiparagraphen nur dazu dienen sollen, in einem der Regierung passenden Moment den *Ausnahmezustand* zu verlangen, den zu begründen offizielle Panikmacher keine Schwierigkeit haben werden. Dann können sie über den staatlichen Machtapparat uneingeschränkt verfügen. Die Pläne der Bundesregierung gehen, nach einem der Redner der Stuttgarter Tagung — dem Landtagsabgeordneten *Olaf Radke* —, vielfach noch über die entsprechenden Gesetze der Hitlerzeit hinaus.

Was die außenpolitische Wirkung der geplanten Notstandsgesetzgebung sein muß, wird einem klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die deutsche Bundesrepublik jetzt das einzige europäische Land ist, das sich mit seinen heutigen Grenzen nicht abfinden will, und wenn man dazu die Äußerungen von Ministern, wie *Seebohm*, über die Tschechoslowakei oder von *Hassels* über die «Vorwärtsstrategie», liest, die es vermeiden soll, «Deutschland zum Schlachtfeld zu machen» («NZZ», 1. Januar 1965). Der Publizist Dr. *Helmut Lindemann* nennt die geplante Gesetzgebung eine geradezu perfektionistische Vorbereitung auf einen äußeren Notstand, der eine Notstandspsychose schaffe und einen wirklichen äußeren Notstand durchaus heraufbeschwören könne. Selbst wenn Rußland, das die autoritäre Entwicklung in Westdeutschland mit äußerstem Mißtrauen beobachten wird, sich nicht provozieren läßt, so steht diese Katastrophenpolitik in schroffem Gegensatz zur Entspannung, die von den andern europäischen Ländern angestrebt wird.

Dieselben Kreise, die in Westdeutschland für die Notstandsgesetze eintreten, befürworten logischerweise die Wiedereinführung

der Todesstrafe, da eines ohne das andere nicht denkbar ist. Das Bild von der zu erwartenden Herrlichkeit rundet sich so: Parlament und Presse, diese zwei entscheidenden Säulen der Demokratie, wären durch einen Federstrich und zudem *legal* ausgeschaltet, und nur die Henker hätten wieder gute Zeiten.

Von verschiedenen Seiten wurde an der Stuttgarter Tagung auf den Zusammenhang zwischen Zivilschutz-(Luftschutz)-Plänen der Bundesregierung und der Notstandsgesetzgebung hingewiesen: jene dienen vor allem einer psychologischen «Mobilmachung», die die Einführung der Notstandsgesetzgebung vorbereiten soll. (Bestehen nicht auch ähnliche Pläne in der Schweiz? D. R.)

Erfreulich war, daß ein Vertreter der Kirche bekannte, diese Institution habe sich seinerzeit nicht entschieden genug gegen die Wiederaufrüstung eingesetzt — um so nötiger sei heute eine klare Absage an alle Demokratie und Frieden gefährdenden Pläne.

Wenn es in Deutschland nicht zum Schlimmsten — zu einer neuen Diktatur in irgendeiner Form kommen soll — so wurde von allen Rednern übereinstimmend festgestellt, müsse vor allem einmal ein Maximum an Information des Bürgers erreicht werden. Es wurde zum Beispiel nachdrücklich eine Erörterung dieses Problemkomplexes im bevorstehenden Bundestagswahlkampf gefordert. Ein Telegramm dieses Inhalts, das heißt die Bitte an den SPD-Parteitag in Karlsruhe um eine klare Haltung der Partei in der Frage der Notstandsgesetze, fand eine weit überwiegende Mehrheit unter den Forumsteilnehmern.

Man kann im Interesse Deutschlands und unser aller nur eines wünschen: recht viele solch mutige und vom Bewußtsein politischer Verantwortung zeugende Tagungen. Das wäre unser Wunsch für 1965.

Aus: «Blätter für deutsche und internationale Politik», Dez. 1964

Zum Gedenken an F. D. Roosevelt

Heute, da Winston Spencer Churchill im Grabe ruht, nachdem seine Verdienste um die siegreiche Führung und Beendigung des größten aller Kriege in der ganzen Welt rühmend erwähnt wurden, mag der eine oder andere unserer Leser auch des amerikanischen Partners von Sir Winston gedenken, der am 12. April 1945, kurz vor der Konferenz von San Franzisko unter der Bürde seiner Verantwortung zusammenbrach. *Franklin Delano Roosevelt* war der erste und einzige Präsident, den seine Mitbürger viermal in das höchste Amt ihres Landes wählten, ein Zeugnis einzigartigen Vertrauens in eines Menschen Führungsgabe und Charakter. Er war der Vertreter einer neuen Ordnung — auf ihn ging die Idee der Vereinten Nationen zurück, auf die eine Welt von leidenden Völkern hoffte. Beweise für seine